

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

15.05.2024

Inhalt

EWN

| | |
|---|---|
| 1 Umwelthilfe: Widerspruch gegen LNG auf Rügen <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 15.05.2024</i> | 3 |
| 2 AKW-Aus von „Netzwerken der Grünen manipuliert“? Union wettert wegen Lückentext- Unterlagen <i>Merkur.de (Münchener Merkur), 14.05.2024</i> | 5 |
| 3 Sanktionen gegen russisches LNG: Berliner Energieunternehmen Sefe droht Klage <i>Berliner-Zeitung.de, 14.05.2024</i> | 7 |

Umwelthilfe: Widerspruch gegen LNG auf Rügen

In Kürze soll das Terminal in Mukran den Regelbetrieb aufnehmen / Doch der Widerstand gegen das Projekt ebbt nicht ab.

In Kürze soll das Flüssigerdgas-Terminal in Mukran auf Rügen den Regelbetrieb aufnehmen. Doch der Widerstand gegen das umstrittene Projekt ebbt nicht ab.

Wie die Gemeinde Binz hält auch die Deutsche Umwelthilfe ihren Widerstand gegen das umstrittene Flüssigerdgas-Terminal im Hafen von Mukran auf Rügen aufrecht. Die Umweltschutz-Vereinigung hat nach eigenen Angaben Widerspruch gegen die Betriebsgenehmigung für die beiden zur Anlandung von Flüssigerdgas (LNG) eingesetzten Spezialschiffe eingelegt. Sollte das zuständige Staatliche Umweltamt in Stralsund den Widerspruch abweisen, folge eine Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, geht aus einem am Dienstag verbreiteten Schreiben der Umwelthilfe hervor.

Das Ostseebad Binz hatte bereits im Eilverfahren beim Bundesverwaltungsgericht Antrag gegen den Betrieb des LNG-Terminals in unmittelbarer Nähe zu viel besuchten Badeorten im Osten Rügens gestellt. Das Terminal widerspreche mit gravierenden Sicherheitsrisiken in derartiger Nähe zu Wohn- und Kurgebieten deutschen und internationalen Sicherheitsstandards, heißt es zur Begründung. Per Zwischenverfügung sollte die für Mitte Mai geplante Inbetriebnahme bis zu einer endgültigen Entscheidung der Richter untersagt werden. Eine Entscheidung steht nach Angaben des Gerichts aber noch aus.

Auch nach Ansicht der Deutschen Umwelthilfe ist der Schutz von Natur und Bevölkerung weiterhin nicht gewährleistet. Die Betreiberfirma Deutsche Regas habe es versäumt, Gefährdungsszenarien systematisch zu ermitteln und zu bewerten. Die durch das Umweltamt ausgestellte Betriebsgenehmigung sei lückenhaft, da Brand- oder Explosionsrisiken nicht ausreichend berücksichtigt würden, beklagt die Umwelthilfe. Zudem sei der Klimaschaden, der durch den Betrieb des Ostsee-Terminals eintrete, immens.

Die Deutsche Regas hatte die Vorwürfe der Umwelthilfe und der Gemeinde Binz stets zurückgewiesen. Die von der Gemeinde vorgebrachten Gutachten etwa träfen mehrfach falsche Aussagen, hieß es. So bestünde für Lieferschiffe im Hafen genug Platz für Wendemanöver

in ausreichend Abstand zu den beiden Spezialschiffen, die das verflüssigte Gas aufnehmen, wieder gasförmig machen und in das deutsche Leitungsnetz einspeisen. Diese Standardmanöver seien im Rahmen der Genehmigung mit unterschiedlichem Wetter erfolgreich simuliert worden, hatte Regas mitgeteilt.

Die Deutsche Umwelthilfe bezweifelt den Bedarf an einem weiteren Anlandepunkt für Flüssigerdgas in Deutschland. „Die Terminalschiffe werden nicht benötigt, denn eine Gasmangellage ist schon seit Langem nicht mehr gegeben“, sagte Verbandsgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Der Schaden am Klima und den sensiblen Meeresschutzgebieten vor Rügen aber sei enorm. Allein die Verbrennung des importierten Gases würde jedes Jahr weit mehr CO₂ ausstoßen als ein großes Kohlekraftwerk. Dazu komme, dass das importierte Gas zum Großteil mittels Fracking abgebaut werde und so bereits in der Produktion riesigen Schaden für Mensch und Natur anrichte.

Ende April hatten die Deutsche Umwelthilfe und der Naturschutzbund Deutschland im Kampf gegen das Terminal eine Niederlage vor dem Bundesverwaltungsgericht einstecken müssen. Klagen gegen die Anbindungspipeline, die von Mukran durch die Ostsee bis zum Gasleitungsknotenpunkt Lubmin bei Greifswald verläuft, waren abgewiesen worden.

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hatte der Bund die Errichtung einer eigenen Importinfrastruktur für Flüssigerdgas forciert, um unabhängiger von russischem Gas zu werden. Planungen und Bau der Terminals an Nord- und Ostsee wurden durch das LNG-Beschleunigungsgesetz erheblich abgekürzt, unter anderem durch den Verzicht auf die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Das Terminal auf Rügen hat im März den Probebetrieb aufgenommen und inzwischen auch eine Genehmigung für den Regelbetrieb erhalten. Wann genau dieser aufgenommen wird, ist noch unklar. Das Spezial-

schiff „Energos Power“ zur Umwandlung des Flüssigerdgases liegt bereits in Mukran, das zweite, die zuvor in Lubmin eingesetzte „Neptune“ soll nach einer technischen Anpassung auf einer Werft in Kürze nach Mu-

kran verlegt werden, wie es hieß.

Die Deutsche Regas hatte die Vorwürfe der Umwelthilfe und der Gemeinde Binz stets zurückgewiesen.

 Merkur.de (Münchener Merkur) | 14.05.2024

 Rebecca Fulle

 WEBLINK

AKW-Aus von „Netzwerken der Grünen manipuliert“? Union wettert wegen Lückentext-Unterlagen

Die Union bereitet sich auf eine hitzige Woche vor. Im Fokus steht der AKW-Streit. Eine parlamentarische Untersuchung wird immer wahrscheinlicher.

Berlin – Mit einer gehörigen Portion Attacke will die von Friedrich Merz geführte CDU/CSU-Fraktion im Bundestag die aktuelle Sitzungswoche bestreiten. So will die Union „die wahren Hintergründe“ der Abschaltung der Kernkraft erfahren, wie die Bild berichtet. Im Mittelpunkt steht dabei neben Umweltministerin Steffi Lemke auch Wirtschaftsminister Robert Habeck (beide Grüne). Auch mehrten sich die Rufe nach einer parlamentarischen Untersuchung.

Vorwurf im AKW-Streit an Robert Habeck: Entscheidung über Laufzeitverlängerung „manipuliert“

Ende April hatte das Magazin Cicero darüber berichtet, dass „Netzwerke der Grünen“ die Entscheidung über eine Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke „manipuliert“ hätten. Die Atomkraftwerke hätten auch noch länger laufen können. Hinweise von Fachleuten seien nicht zu Habeck durchgedrungen. Das berichtet die Nachrichtenagentur AFP.

Habeck wies diesen Vorwurf im ZDF in der Sendung „Markus Lanz“ Ende April zurück. Er habe den Vermerk eines Referenten über mögliche Einsparungen von Gas bei einem längeren Atombetrieb zwar nicht gesehen, sagte er. Aber genau diese Frage habe er im Ministerium und mit den Betreibern der Atomkraftwerke „rauf und runter“ diskutiert. Der Vorwurf, dass sich die Entscheidung geändert habe, weil ihn etwas nicht erreicht habe, sei „einfach nicht richtig“, heißt es in der Meldung.

Habecks Ministerium wies Anschuldigungen mehrfach zurück

Beide Ministerien weisen die Darstellung zurück, interne Bedenken gegen den damals noch für den folgenden Jahreswechsel geplanten Atomausstieg seien unterdrückt worden. Das Magazin Cicero hatte sich Akteneinsicht vor Gericht erstritten, wie die Deutsche

Presse Agentur (dpa) berichtet.

Habeck verwies im Gespräch bei Markus Lanz auf ein Schreiben der Atomkraftwerksbetreiber aus der Woche nach dem Beginn des Kriegs gegen die Ukraine Ende Februar 2022. Die Betreiber hätten selbst angegeben, dass ihre Brennstäbe ausgenutzt gewesen und die Kraftwerke über das Jahresende hinaus nicht mehr leistungsfähig gewesen seien.

Auf die Frage des ZDF-Moderators, ob er anders entschieden hätte, wenn es noch leistungsfähige Brennstäbe gegeben hätte, antwortete Habeck mit Ja – bis die Gasmangellage überwunden gewesen sei. „Der Auftrag war für alle: keine Denkverbote“, sagte er.

AKW-Betreiber widersprechen Habecks Aussagen: Gasspeicher sei leer gewesen

Schon vor Beginn des Ukraine-Kriegs sei der größte Gasspeicher leer gewesen. „Wenn Atomkraft geholfen hätte, dann hätten wir das sicherlich gemacht.“ Nur habe sie an der Stelle nicht geholfen. Später hätten die Kraftwerksbetreiber gesagt, dass die Brennelemente länger laufen könnten. „Und so ist es dann ja auch gekommen.“ Mittlerweile haben sich AKW-Betreiber zu Wort gemeldet und Habecks Aussagen widersprochen. Auch der Ex-Eon-Aufsichtsratschef kritisierte Habecks Argumente zum Atomausstieg und nannte sie „Unsinn“.

Die Diskussion um die deutsche Energieversorgung war nach dem Angriff von Russlands damals wichtigstem Gaslieferanten Russland auf die Ukraine im Frühjahr 2022 neu aufgeflammt. Als im Sommer die Gaslieferungen aus Russland zunächst gedrosselt und später gestoppt wurden, beschloss die Bundesregierung, die Laufzeiten der drei Kraftwerke bis Mitte April 2023 zu verlängern.

Vermerke sollen gezielt umgeschrieben worden

sein

„Bereits aus den bisher vorliegenden Informationen wird aber offenkundig, dass bei der Entscheidung der Bundesregierung zum Kernkraft-Aus bewusst nicht auf die Expertise der Fachebene gehört werden sollte und Vermerke gezielt umgeschrieben wurden“, sagte Unionsfraktionsvize Steffen Bilger (CDU). „Die Minister Habeck und Lemke konnten den Verdacht, dass grünes Parteiprogramm vor Gemeinwohl geht, bislang in keiner Weise entkräften – im Gegenteil.“

Nichts sei verheimlicht worden, alles sei schriftlich nachweisbar, sagte Habeck im April dem ZDF. Er kündigte an, dass dem zuständigen Bundestagsausschuss alle Akten zur Verfügung gestellt würden.

„20 dürre Seiten“ für den Bundestag: Unterlagen fehlen und seien geschwärzt

Die Unionsfraktion im Bundestag fordert weiterhin die Herausgabe der Akten rund um den Automausstieg. Das Magazin Cicero habe wohl zwei dicke Aktenordner, der Bundestag aber nur „20 dürre Seiten“, sagte der klima- und energiepolitische Sprecher der Fraktion, Andreas Jung (CDU), der dpa. Diese „krasse Transparenzlücke“ müsse geschlossen werden.

Steffen Bilger sagte, dass die Auswahl der übermittelten Unterlagen nicht nachvollziehbar sei. Es fehlten Unterlagen in großem Umfang, und sie seien auch umfassend geschwärzt, wie er gegenüber der Bild erklärt.

Auch der Vize-Vorsitzende des CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, spricht gegenüber der Tageszeitung von vielen Ungereimtheiten. „Wenn die Regierung bis Ende der Woche nicht vollständige Transparenz schafft, dann liefert sie selbst den Grund für eine parlamentarische Untersuchung.“ *(Rebecca Fulle/dpa/AFP)*



 Berliner-Zeitung.de | 14.05.2024

 Anika Schlünz

 WEBLINK

Sanktionen gegen russisches LNG: Berliner Energieunternehmen Sefe droht Klage

Die EU möchte den Weiterverkauf von russischem LNG über europäische Häfen verbieten. Das trifft auch europäische Unternehmen, darunter Sefe aus Berlin.

Ein komplettes Verbot von russischem LNG in der EU erweist sich als schwierig. Deswegen will Brüssel erst mal verbieten, russisches Flüssigerdgas (LNG) über europäische Häfen in andere Regionen der Welt weiterzuverkaufen, wie das Nachrichtenportal Bloomberg berichtet.

Die Maßnahme soll demnach Teil des 14. Sanktionspaketes der EU gegen Russland sein. Es wäre das erste Mal, dass Europa direkt gegen russisches LNG vorgeht. Laut dem Bericht ist der russische LNG-Lieferant Novatek auf europäische Häfen angewiesen, um LNG von arktischen Tankern auf konventionelle Schiffe umzuladen. Auch europäische Unternehmen verdienen mit dem Weiterverkauf von russischem LNG.

Sollte das Verbot kommen, wären vor allem der niederländische Hafen Zeebrügge und der Hafen Montoir in Frankreich betroffen. Von dort aus werden weitere Märkte beliefert, wie etwa Indien oder China. Zwar könnte Novatek auf andere Routen ausweichen; der Logistikaufwand und die Kosten wären dann jedoch deutlich höher.

Sanktionen gegen Russland: Strafzahlungen für europäische Unternehmen

Das geplante Verbot wäre jedoch auch für europäische Unternehmen ein Problem, denn aktuell ist der Handel mit russischem LNG noch ein profitables Geschäft. Im vergangenen Jahr berichtete die britische Zeitung Financial Times, dass 20 Prozent des aus Russland importierten LNG gar nicht für den europäischen Markt, sondern für den Verkauf bestimmt waren – oft zu einem höheren Preis.

Durch das Verbot könnten nun Klagen und Strafzahlungen auf europäische Unternehmen zukommen, wenn Verträge mit russischen Unternehmen nicht mehr eingehalten werden können. Beispielsweise hat

der Betreiber des LNG-Terminals in Zeebrügge, Fluxys SA, einen Vertrag mit dem russischen Unternehmen Yamal Trade, das mit der sibirischen LNG-Produktionsanlage Yamal LNG verbunden ist. Yamal LNG gehört wiederum zum größten Teil dem Gasproduzenten Novatek.

Kann Fluxys SA seine Verpflichtungen gegenüber Yamal Trade nicht mehr erfüllen, muss das Unternehmen laut Bloomberg mit Strafen von bis zu einer Milliarde Euro rechnen. Um den Strafzahlungen zu entgehen, müsste das Unternehmen mit höherer Gewalt argumentieren.

Weitere europäische Energieunternehmen wie Shell Plc, TotalEnergies SE und Securing Energy for Europe GmbH (Sefe, früher Gazprom Germania) haben einen Vertrag mit Yamal Cargo und nutzen die Häfen in Montoir und Zeebrügge, um russisches LNG in Länder außerhalb der EU zu transportieren. Diese Verträge laufen noch bis zu den Jahren 2038 und 2041, heißt es in dem Bloomberg-Bericht. Das in Berlin ansässige Unternehmen Sefe beliefert beispielsweise die indische Gail Ltd. auf diese Art. Ein Verbot, russisches LNG aus europäischen Häfen zu reexportieren, öffnet die Tür für Vertragsstreitigkeiten.

„Wir sind uns bewusst, dass LNG-bezogene Restriktionen Teil des anstehenden 14. EU-Sanktionspakets sein könnten“, sagte ein Sprecher von Sefe auf Anfrage der Berliner Zeitung. Da das Sanktionspaket noch nicht verabschiedet wurde, könne das Unternehmen mögliche Auswirkungen jedoch nicht kommentieren, so der Sprecher. „Wir verfolgen die weitere Entwicklung aufmerksam.“

Sefe operierte bis zum Jahr 2022 unter dem Namen Gazprom Germania GmbH und war eine Tochterfirma des russischen Gaskonzerns Gazprom. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurde das Unterneh-

men mit Sitz in Berlin unter die Kontrolle der Bundesnetzagentur gestellt und schließlich verstaatlicht.

Bloomberg berichtete im Februar, dass Sefo bei steigenden Transportkosten bereit sei, russisches LNG in Europa zu lassen und die Kunden in Asien aus anderen

Quellen zu beliefern. So könnte der Anteil von LNG aus Russland in Europa paradoxerweise wieder steigen. Im Jahr 2023 machten LNG-Importe aus Russland in der EU bis zu 16 Prozent aus, damit war Russland hinter den USA der zweitgrößte Lieferant.